

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 5. Oktober 1881.

Nr. 462.

Deutschland.

Berlin, 4. Oktober. Generalfeldmarschall Graf Moltke hielt im Offizierskassino der Marine zu Kiel eine Rede, deren Inhalt der „Kieler Zeitung“ zufolge etwa folgender war:

Von der allen Staatsbürgern obliegenden Pflicht, dem Kaiser und dem Vaterlande mit allen Kräften, jeder in seinem Berufskreise, treu zu dienen, ausgehend, wies Graf Moltke darauf hin, daß dem Kriegerstande als spezieller Zweig dieses Dienstes die Verteidigung und der Schutz der landesherrlichen Grenzen nach außen anvertraut sei. Damit sei der einheitliche Zweck der beiden Hauptfaktoren des Verteidigungswesens, der Armee und der Marine, hergestellt. Zwar schienen die Aufgaben beider Faktoren, wenn man ihr Leben und Treiben sowohl in Zeiten des Krieges als des Friedens oberflächlich betrachte, sehr verschieden zu sein. Im Frieden müsse nämlich die Grundlage künftiger Siege gelegt werden. Das Personal des Heeres habe in normalen Zeiten, im Frieden, seinen festen Standort auf dem vaterländischen Boden, und nur dann und wann sei es den Angehörigen desselben vergönnt, auf kurze Zeit in die Fremde zu ziehen. Der Marine liege es umgekehrt gerade während des Friedens ob, die Ehre des Vaterlandes an allen Orten der weiten Welt zu wahren, den dort wohnenden Landeseuten Schutz zu gewähren und dem deutschen Namen Achtung zu verschaffen. Im Kriege müsse das Heer den glücklichen Ausgang außerhalb der Grenzen des Vaterlandes sicherstellen, während die Marine gerade dann ihre Hauptrolle an den heimischen Küsten spielen müsse. Das Alles seien aber nur scheinbare Verschiedenheiten, der einheitliche Zweck mache im Gegenteil ein brüderliches Hand-in-Handgehen beider Faktoren zu einer Nothwendigkeit, wofür sie ihre Aufgaben voll erfüllen sollten. Unsere Kriegsschiffe könnten auch nur dann unsere Küsten erfolgreich schützen, wenn ihnen diese wiederum feste und sichere Zufluchtsstätten böten, die sie, wie der Vogel sein Nest, nach ihrem Fluge über ferne Meere wieder aufsuchen könnten. Der Vogel baue aber sein Nest nur an solchen Stellen, wo es nicht leicht ein Opfer des Feindes werde. Geschützt vor Feindverhand müßten auch die Rester für unsere Seesoldaten, die Schiffe der kaiserlichen Marine, sein. Und gerade hierbei käme eine enge Verbindung zwischen Heer und Marine zum Vorschein. Deshalb eben seien die anwesenden Mitglieder des großen Generalstabes hier in Kiel, um sich an dem Ausbau dieses schönen, herrlichen Marinestützpunktes mit zu betheiligen. Die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich sei Heer und Marine gemeinsam, die Arbeit beider verfolge denselben Zweck und könne ihn nur dann erreichen, wenn sie in brüderlicher Arbeit und Gesinnung zusammenständen und einander gegenseitig ergänzten. So sei es und so werde es hoffentlich, wie es das Wohl und Wehe des Vaterlandes gebiete, auch immer bleiben.

Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind, aus Baden zurückkehrend, am Montag Abend, nach kurzem Aufenthalt in Trier, über Koblenz und Nordhausen etc. in Begleitung der Hofdame Gräfin Brühl, des Kammerherrn Grafen Seidenstücker und des persönlichen Adjutanten Altmeyers Freiherrn v. Nyenhelm, auf der Station Dremitz der Wehlener Bahn mittels Extrazuges um 10 Uhr eingetroffen, von wo dieselben mit ihrem Gefolge in den bereitgehaltenen Hofequipagen sich sofort nach dem neuen Palais bei Potsdam begaben und dort bald nach 10 1/2 Uhr wohnhaft eintrafen. Im neuen Palais beabsichtigen die kaiserlichen Herrschaften mit ihren jüngeren Kindern, den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margaretha, und der Prinzessin Tochter des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meinungen — welche sich gegenwärtig auf einer mehrwöchigen Reise nach der Schweiz und Italien befinden —, der Prinzessin Feodora, so lange das Wetter günstig bleibt, zu verbleiben. Die jüngeren kaiserlichen Kinder waren bereits am Sonnabend Abend der vergangenen Woche am Vornstett nach dem neuen Palais übergeführt. Heute empfingen die kaiserlichen Herrschaften den Besuch der in Potsdam weilenden Mitglieder der königlichen Familie.

Der „R.-Anz.“ widmet dem am 28. v. Mts. im hiesigen Augusta-Hospital nach längerer Krankheit verstorbenen Grafen am königlich por-

lugiesischen Hofe Wilhelm v. Bismarck folgenden Nachruf: „Der Bismarck gehörte zu den älteren Beamten des auswärtigen Ressorts. Nachdem er im Jahre 1851 als Referendar in die diplomatische Laufbahn eingetreten, wurde er im folgenden Jahre, nach bestandener diplomatischer Prüfung, zum Legationssekretär in Turin ernannt, fungierte demnächst längere Zeit in gleicher Eigenschaft bei der vormaligen Gesandtschaft in Neapel, wurde nach erfolgter Ernennung zum Legationsrath von dort an die Gesandtschaft in Stockholm versetzt und im Jahre 1862 zum ersten Legationssekretär in St. Petersburg ernannt. Im Jahre 1864 erfolgte seine Beförderung zum Minister-Residenten in Weimar und 1875 seine Ernennung zum Gesandten in Lissabon, auf welchem Posten er bis zu seinem Tode verblieben ist. Derselbe hat in seinen verschiedenen dienstlichen Stellungen sich die Anerkennung sowohl seiner vorgesetzten Behörde, als der Regierungen, bei denen er beglaubigt war, zu erwerben gewußt und hinterläßt den Ruf eines pflichtgetreuen Beamten.“

In dem neuesten Heft der „Revue des deux Mondes“ findet sich die Fortsetzung der an dieser Stelle bereits erwähnten „Diplomatischen Erinnerungen“ M. G. Rothmans. Wir heben eine Zeichnung des Profils des unlängst verstorbenen belgischen Gesandten am Berliner Hofe, Baron de Nothomb, hervor. Es heißt in dem Essay:

„Während Herr Benedetti mit vollständigem Vertrauen und Herr von Bismarck mit einer realistischen Aufrichtigkeit die Bedingungen einer Allianz erörterten, welche Preußen das Uebersteigen des Main und Frankreich die Annexion Belgiens gestatten sollte, verbreitete man in den diplomatischen Kreisen von Berlin eine jener Nachrichten, „qui se donnent en mille“, wie Madame de Sévigné schrieb, so sehr täuschen sie alle Voraussetzungen. Man sprach leise und wie von einem Ereigniß von großer Tragweite von der Heirat des Grafen von Flandern mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern. Man kuschelte sich nicht, es war dies ein direkt gegen die Begehrlichkeiten der kaiserlichen Politik gerichteter Schlag. Es wurde gesagt, daß das Haus Hohenzollern dem Kaiser verhängnisvoll wäre. Die Hochzeit des Grafen von Flandern war von dem Baron Nothomb, dem belgischen Gesandten in Berlin, eronnen und insgeheim gefördert worden.“

Bereits im Jahre 1831, auf der Londoner Konferenz, wo er in ganz jungen Jahren seine im Entstehen begriffene Regierung vertrat, hatte Herr von Nothomb zu einem guten Theil dazu beigetragen, daß die Projekte des Herrn de Talleyrand scheiterten, welcher nach einem Ausbruch Lord Palmerstons wie ein Löwe kämpfte, um als Austausch gegen die belgische Neutralität die Vereinigung Luxemburgs mit Frankreich zu erlangen. Er war ein sehr bedeutender Mann von ausgezeichneter Erfahrung, der vollendete Typus des Repräsentanten eines neutralen Staates, ohne Leidenschaft, ohne Vorurtheil, von gewandten Manieren, stets bereit, seine Kollegen zu verpflichten, aber stark genug, dieselben richtig zu beurtheilen und die Geheimnisse ihres Portefeuille zu errathen. Er gehörte zu der Zahl der seltenen Diplomaten, welche Herrn von Bismarck erkannt hatten. Er schrieb bei dessen Eintritt in die Regierung, indem er an den Ausspruch Ray Baas erinnerte: „Wird er Nihilisten oder Altruisten sein?“ Er war es auch, der im Jahre 1850, wenige Wochen vor dem Tode des Königs Friedrich Wilhelm gesagt hatte: „Vous verrez qu'il ira jusqu'au bord de l'abîme; pour se retourner et tomber dans la...“ Er besaß eine pittoreske und typische Ausdrucksweise.

„Ohne Vorurtheile gegen Frankreich erkannte er die Wohlthat der Revolution von 1799 an; er bewunderte insbesondere den Code civil. Unsere Gesandten, die einander in Berlin ohne Unterlaß folgten — man zählte deren in einem Zeitraum von vier Jahren, von 1848 bis Ende 1852, bis zu acht — waren glücklich, ihre Zuflucht zu seinen Erfahrungen nehmen zu können. Er wühlte sie in die Feinheiten der Hofetiquette ein, setzte sie in Kenntniß von den Präzedenzfällen, zeigte ihnen die Klippen, und zwar in einigen bezüglichen Zügen, indem er zur Erläuterung charakteristische Anekdoten erzählte; er entwarf ihnen ferner das Portrait der Fürsten und der in der Po-

litik markanten Persönlichkeiten. — Vielleicht fand er, daß man durch Unterweisung der Andern sich selbst unterrichtete: Discimus docendo. Heute ist er der Nestor der europäischen Diplomatie. (Baron Nothomb ist bekanntlich inzwischen gestorben.) Er hat seit vierzig Jahren alle Umwandlungen der preussischen Politik beobachtet und ist Zeuge von deren Schwächen, sowie von ihrer glänzenden Wiedergeburt gewesen.“

„Der Kaiser Wilhelm hängt an seiner Person, wie man an den alten Gefährten hängt, mit denen man die langen Etappen des Lebens durchlaufen hat, und der Fürst Reichskanzler, der es ihm dankt, daß er sein Glück geahnt hat, schenkt die mit Spott getränkten Pfeile zu vergessen, welche zuweilen gegen Herrn v. Bismarck entzündet wurden. Baron Nothomb hatte ein zu feines Gehör und ein zu scharfes Gesicht, um sich nicht Rechenschaft von der Partie abzulegen, die zwischen Frankreich und Preußen auf Kosten seines Landes gespielt wurde. Er sah in die Karten des preussischen Ministers; er wußte, daß Belgien sein hauptsächlichster Trümpf wäre, und daß, falls er wenig Eifer bewies, denselben aus den Händen zu geben, die Umstände an dem einen oder anderen Tage wohl stärker sein könnten als seine Geschicklichkeit. Baron Nothomb sah denn auch, um sein Land gegen verhängnisvolle Ueberraschungen zu schützen, nur ein einziges Mittel: jenes unter die persönliche Argube des Königs von Preußen zu stellen. Er riß nach Brüssel und ohne seinen Hof oder sein Gouvernement zu benachrichtigen, sagte er dem Grafen von Flandern, welchen eine leichte Taubheit von einer Verheirathung abhielt, in's Gesicht: „Ich verheirathe Sie!“ — „Peste! entgegnete der Prinz, „und mit wem, wenn ich bitten darf?“ — „Mit der Prinzessin Marie von Hohenzollern.“ — „Kennen Sie dieselbe?“ — „Nein.“ — „Nun wohl!“ — „Ich bin unterrichtet, ich garantiere Ihnen, daß sie reich ist.“

Am nächsten Tage erbat König Leopold die Vermittelung der Königin Viktoria bei dem König Wilhelm, und einige Wochen später war die Heirat beschlossen, ohne daß Herr von Bismarck, wie die Legende behauptet, vernünftiger, von wo der Streich ausging, welcher ihn unerwartet, bei seinen dilatorischen Unterhandlungen mit Frankreich traf. Das Ereigniß war ernst, es konnte uns die Augen öffnen und die letzten Schuppen fallen lassen. Der Minister berückte sich denn auch, den französischen Vorkämpfer hinsichtlich der Tragweite der Vermählung zu beruhigen. Er legte Gewicht darauf, uns zu überzeugen, daß diese Vermählung nicht sein Werk wäre, daß er im Gegentheil die Aufmerksamkeit des Fürsten von Hohenzollern auf die Unbeständigkeit der belgischen Monarchie hingelenkt hätte. Er ließ sich besonders angelegen sein, uns zu überzeugen, daß es sich nur um eine Familienangelegenheit handelte, die weder ein neues Band bilden, noch irgend welche Solidarität zwischen Brüssel und der preussischen Politik schaffen würde. Es war die Theorie, deren seine Diplomatie sich im Jahre 1870 in einer blutigen Weise bedienen sollte.“

Die Lage der Franzosen in Tunis hat sich durch die Niederlage, welche Ali-Bey, der Bruder des Bey von Tunis, schon im Kampfe gegen die Aufständischen bei Testour erlitten hat, wesentlich verschlimmert. Da Testour nordwestlich von der Eisenbahnstation Medjes-el-Bab, und zwar ganz in deren Nähe, sowie nur 54 Kilometer von der Hauptstadt der Regenschast entfernt liegt, entsteht zunächst die Frage, weshalb der französische General Logerot, der in der unmittelbaren Nachbarschaft von Tunis ein befestigtes Lager inne hat, den bedrängten Tunesen keine Hülfsstruppen sandte, obgleich der Kampf selbst mehrere Tage währte und nach den letzten Nachrichten noch nicht zum endgültigen Abschlusse gelangt ist. Anstatt dessen begnügte sich die französische Heeresführung damit, in den offiziellen Telegrammen an den Kriegsminister, General Farre, mit Genugthuung zu konstatiren, daß die aufrichtige Bundesgenossenschaft des Bey von Tunis durch die ernsthafteste Kriegsführung seines Bruders gegen die Aufständischen nunmehr deutlich erhärtet werde. Die französischen Blätter veröffentlichten sogar bereits Siegesbulletins, während in dem heute vorliegenden „Temps“ darauf hingewiesen wird, daß Ali-Bey am 25. sowie am 27. und wahrscheinlich auch am 29. September durch die Insurgenten unter Führung

Bu-Amar's angegriffen worden sei und daß er am zweiten Tage 45 Tödt, nach einer anderen Version sogar etwa 80 Tödt gehabt habe. Ferner wird gemeldet, daß die Truppen des Bey eine Anzahl Gefäße verloren haben, und daß die Lage der französischen Bundesgenossen eine sehr kritische ist.

In Tunis selbst herrscht selbstredend im Hinblick auf die Nähe der von den Aufständischen drohenden Gefahr große Bestürzung, während General Logerot sein passives Verhalten nicht aufzugeben gewillt war unter dem Vorwande, daß die französischen Truppen erst die Hauptstadt okkupirt haben müßten, ehe er an weiteren militärischen Operationen theilnehmen könnte. Freilich haben die Kämpfe der Aufständischen gegen Ali-Bey inzwischen eine so kritische Wendung genommen, daß General Logerot im Nothfalle von Paris aus die entsprechenden Befehle erhalten wird, falls der Kriegsminister, General Farre, nicht vorsiehn sollte, nur im ungeeigneten Moment und an der unrichtigen Stelle auf den Feldzugsplan in Tunis einzuwirken.

Seltam illustriert wird durch die Vorgänge bei Testour der gestrige „strategische“ Artikel der „Republique franc.“, in welchem das Organ Gambetta's ausführte, daß es jetzt einzig darauf ankomme, die „heilige“ Stadt Kairuan zu erobern, weil es nur auf diese Weise gelingen könnte, die Bagifikation von Tunis herbeizuführen. Die Aufständischen werden sich aber schwerlich von Paris aus ihren Feldzugsplan vorschreiben lassen, und ihr jüngster Erfolg hat gezeigt, wie sehr ihre Widerstandsfähigkeit noch immer von den Franzosen unterschätzt wird. Vor allem wird die Niederlage Ali-Bey's dazu beitragen, den Aufstand in Nord-Afrika von neuem zu schüren; insbesondere werden auch allem Anscheine nach die jüngsten Vorgänge in Tunis nicht ermangeln, eine Nachwirkung auf die Insurrektion in Algerien auszuüben.

Russland.

Petersburg, 1. Oktober. Am 11. Oktober nimmt wieder ein Hochverrathsprozess gegen vier Nihilisten seinen Anfang; angeklagt sind die Adelige Maria Konstantinowa Kyslowa; der Edelmann Wassiliw Telensko-Prigobdo, der Kaufmann John Innocent Piankow und Wassili Perepletschikow, Sohn eines Lieutenants in der Armee. Es werden auf Verfügung des Gerichtshofes als Verteidiger fungiren: der Kyslowa — Vereid. Rechtsanwalt Turtshanimow, des Telensko-Prigobdo — Vereid. Rechtsanwalt Wolzschowitsch, des Piankow — Vereid. Rechtsanwalt Löwensohn und des Perepletschikow — Vereid. Rechtsanwalt Korobitschewski. Die Verhandlungen wurden aufgeschoben, weil der Rechtsanwalt Wolzschowitsch dem Präsidenten des Gerichtshofes erklärte, es sei ihm unmöglich, sich in 10 Stunden mit den Akten bekannt zu machen, die zwei große Bände umfassen. Der Rechtsanwalt Wolzschowitsch wird wahrscheinlich überhaupt von der Verteidigung zurück- und an dessen Stelle der Rechtsanwalt Ulin treten. Vorgefordert waren zu der Gerichtsverhandlung, die ursprünglich am 28. September stattfinden sollte, 13 Zeugen und 5 Sachverständige. Zwei der Angeklagten und zwar die Kyslowa und Piankow, befinden sich in Freiheit, während die beiden andern Angeklagten in Haft gehalten werden.

Wahrscheinlich wird der Prozess, soweit möglich, bei geschlossenen Thüren geführt werden und es sollen außer den offiziellen Journalisten nicht einmal Vertreter der Presse Zutritt erhalten. Die Anklageschrift ist von hohem Interesse. Sie giebt eine Uebersicht über die letzten Entwicklungen in der Organisation der Revolutionspartei und verfolgt den Zusammenhang der gegenwärtig Angeklagten mit Karakossow, welcher das erste Attentat gegen Alexander II. im Jahre 1866 verübte, sowie mit Vera Sassulitsch, welche vor vier Jahren auf den General Trepow schoss, so heißt es in der Anklage: In der ersten Hälfte des Jahres 1879 griff eine ernste Mißstimmung zwischen den einzelnen Gliedern der Nihilisten oder der Nationalpartei aus Anlaß eines Streites Platz, ob es überhaupt rathsam sei, den Kampf gegen die Regierung fortzusetzen und eventuell mit welchen Mitteln dies geschehen sollte, ob das Schreckenssystem fortzusetzen und ein Staatsstreich vorzubereiten sei, oder ob man lieber auf dem Wege der revolutionären Propaganda das Volk gegen die Regierung

aufwiegen solle. Diese Differenz zwischen den extremen und gemäßigteren Agitatoren erreichte im Jahre 1879 ihren Höhepunkt, und nachdem man zwei Kongresse in Kitepsel und in Woronesch abgehalten hatte, wurde endlich die Schredenspartei gebildet, deren Vorhandensein sich in den wiederholten Verbrechen und den Angriffen gegen die Person des verstorbenen Kaisers dokumentierte. Im Januar 1880 schloß die Hausbesitzerpartei Verträge, daß in dem Hause Nr. 23 der ersten Linie der Wassili-Ofrow eine geheime Druckeri sich befinde. Die von diesem Verdict unterrichtete Polizei hielt eine Hausdurchsuchung ab, bei welcher in der Wohnung einer Frau Rosanowa eine vollständig eingerichtete Druckeri sowie ferner die noch druckfertigen ersten Abzüge des neuen Organs der Partei „Tscherny Peredel“ entdeckt wurden. Die Polizei fand ferner die dazu benutzten Manuskripte, falsche Pässe und dergleichen, sowie einige Nummern einer bisher unbekannten Zeitung, „Narobitschislaja Polja“ oder „Volkswille“ genannt. Die vier Angeklagten, welche bei der Entdeckung der Druckeri verhaftet wurden, gaben zuerst ihre richtigen Namen nicht an. Die Dame, welche die Wohnung auf den Namen Rosanowa gemiethet hatte, stellte sich schließlich als die Maria Konstantinowna Krylowa aus Smolensk heraus und ihre Antecedenten ergaben ihr Mitschuld an dem Attentat Karakossows gegen Alexander II. im Jahre 1866. Sie war eine genaue Bekannte der Vera Sassulitsch. Später lebte sie in Odessa und Kiew und nahm den jüngeren Bruder des gefeierten Reichsajew unter ihre Obhut. Nach Petersburg kam sie wirklich als Wittwe Rosanowa. Innocent Blankow, Sohn eines Kaufmanns in Lomsk, war früher einmal angeklagt, die Behörden von der Vertheilung revolutionärer Blätter nicht in Kenntniß gesetzt zu haben, wurde aber von dem Kaiser mit Rücksicht auf die erlittene lange Unterdrückung begnadigt. Im Jahre 1878 wurde er wegen Theilnahme an den Aufregungen bei der Entlassung der Vera Sassulitsch wieder verhaftet und nach Archangel verbannt, von wo es ihm gelang, zu entkommen. Der Edelmann Peter Telenoski-Bridoblo, hat das Gymnasium in Poltana im Jahre 1878 verlassen und ist seitdem ohne Beschäftigung. Er kam in diesem Jahre nach Petersburg, nachdem er seine militärische Dienstzeit absolviert hatte. Ueber Vereschtschikow scheint wenig bekannt zu sein, er ist nur angeklagt, die Bildung einer geheimen Gesellschaft unterstützt zu haben.

Provinzielles.

Stettin, 4. Oktober. Herr Piest theilt uns mit, daß seine Wege von nun an mit den unsrigen zusammengehen und bittet uns, dies öffentlich zu erklären, da er sich in der Lage einer „moralischen Mitverantwortlichkeit für die Artikel unserer Zeitung“ befinde. Auch Herr W. Weyer schließt sich dieser Bitte an, er meint, das Publikum glaube dies jetzt, „er habe einen wesentlichen Einfluß auf unsere Blätter“. Wir kommen daher hiermit der Bitte dieser beiden Herren nach und das gerne! Nicht zwar als ob wir glaubten, daß in der That ein Ernste Jemand, sei er Privatperson oder — Staatsanwalt, sei Herr Piest für den verantwortlichen Redakteur oder Mitredakteur oder aber einen verantwortlichen Mitarbeiter an unsern Blättern gehalten; oder aber, daß man im Publikum im Ernste glaube, daß wir Herrn W. Weyer irgend welchen Einfluß auf die Haltung unserer Blätter gestattet hätten, sondern weil auch der Redaktion selbst diese Gelegenheit hochwillkommen ist, nun auch einmal ihrerseits erklären zu können, daß sie mit den Ergüssen, welche Herr Piest und Genossen manchmal in dem Inserentenhefte unserer Blätter veröffentlichten, absolut nichts zu thun hat.

Die Redaktion ist stets von der Ansicht ausgegangen, daß der Inserentenheft einem Jeden zur Vertretung seiner Ansicht offen stehen müsse und sie hat daher auch Herrn Piest nie die Aufnahme seiner Artikel verweigert, so wenig ihr auch manchmal die Art und Weise derselben behagte. Die Redaktion hat sich dabei oft nicht des Eindrucks verwehren können, als kämpfe Herr Piest in diesen seinen Artikeln mehr gegen eingebildete, als wirkliche Uebel, und als ob diese Art, den Kampf zu führen, die Bürgerpartei nur kompromittire. Im Interesse der Partei hat die Redaktion dieser ihrer Ueberzeugung indessen bisher nicht Ausdruck gegeben, sie kann aber jetzt, da die Herren Piest und Weyer ihrerseits eine Erklärung provoziert haben, damit nicht länger zurückhalten.

Was die Ursache des Bruchs anlangt, so gründet sich dieselbe lediglich auf Differenzen, welche sich in dem Vorstande des hiesigen „Schauvereins der Hausbesitzer gegen Miethsverluste“ namentlich zwischen Herrn Piest und unserm Dr. G. Graßmann abgespielt haben. Letzterer war der Ansicht, der Verein habe sich vor allen zunächst auf seine eigentliche Aufgabe zu beschränken, nämlich den hiesigen Hausbesitzern praktisch zu helfen, sie möglichst vor Miethsverlusten zu schützen, zu diesem Zweck eine allgemeine Vereinigung derselben anzustreben und zunächst praktische Aufgaben, wie z. B. die Konvertirung der einkommenden Hypotheken auf einen niedrigen Zinsfuß u. s. w. zu lösen; während Herr Piest diese praktischen Aufgaben lediglich als Nebensachen ansah und mit vollen Segeln in das weite Meer weltverbessernder Pläne auslief. Er brachte eine wahrhaft erschreckende Fülle von Vorfstellungen, Beschwerden, Petitionen an den Magistrat, die Stadtverordneten, die Regierung, das Oberpräsidium, Ministerium, Abgeordnetenhaus u. c. zur Sprache; Petitionen, die herziglich gemeint, aber nicht möglich, von deren großen Mehrzahl aber

absolut vorausgesehen werden konnte, daß sie gänzlich resultatlos verlaufen und den hiesigen Hausbesitzern auch nicht einen einzigen Pfennig ersparen würden.

War es so bereits zu einer Differenz über die Opportunität vieler dieser Anträge des Herrn Piest gekommen, so gestellte sich dazu noch in der Vorstandssitzung, in welcher über die bei dem Verbandstage in Wiesbaden zu stellenden Anträge berathen werden sollte, auch eine starke prinzipielle Differenz. Herr Piest schlug hier eine Anzahl Anträge vor, die theilweise absolut reaktionär waren — er verlangte z. B., daß die Bürgermeister nicht mehr gewählt, sondern ohne Weiteres von den Regierungen ernannt werden sollten; und die andererseits so ausschließend im Interesse der Hausbesitzer gehalten waren, daß dadurch die Rechte der andern Stände auf das Empfindlichste hätten geschädigt werden müssen. So wollte Herr Piest alle die Herren, welche irgend Sachen auf Leihkontrakt verlaufen, wie also z. B. etwa Nähmaschinen, Pianinos oder Möbel für den Fall, daß ein Miether seine Miethse nicht zahlen könne, rechtlos gemacht wissen. Der Vermiether sollte ohne Weiteres sich auch an diese Sachen halten können. So wollte Herr Piest, daß der einzige Stand der Hausbesitzer stets wenigstens die Hälfte aller Stadtverordneten aus seiner Mitte wähle, und so in den Stadtverordneten-Versammlungen alle andern Stände schlechthin beherrsche, und was dergleichen Sachen mehr sind.

Bis hierhin bedauerte Herr Dr. G. Graßmann nicht mitgehen zu können. Ihm seien denn doch die Interessen der Handwerker genau eben so lieb wie die Interessen der Hausbesitzer. Er habe nicht die mindeste Lust z. B. die Tischler, welche etwa Möbeln auf Leihkontrakt verkauft hätten, mit ihren Ansprüchen zu Gunsten der Hausbesitzer rechtlos machen zu wollen und eben so wenig in dem Stadtverordneten-Kollegium alle andern Stände von dem Belieben des einen Standes der Hausbesitzer durchaus abhängig zu machen. Die Bürgerpartei als solche wolle nicht das Ueberwiegen eines Standes, sondern die gleiche Vertheilung der Rechte und Lasten auf alle Stände.

Wir glauben daher, die Bürgerpartei als solche kann sich nur Glück wünschen, daß es nun definitiv zum Bruch gekommen. Der Mißbrauch der Bürgerpartei bleibt nach wie vor „das Wohl Stettins mit Ausschluß jeden Sonderinteresses“ und nicht etwa das Interesse eines Standes auf Kosten aller andern Stände. Die Herren Piest und Weyer haben nun die Bürgerpartei verlassen und sich der Koalition der Konservativen und Antisemiten angeschlossen, möglich, daß es ihnen mit Hilfe dieser gelingt, ihre Pläne, welche auf ein völliges Ueberwiegen der Grundbesitzer über die andern Stände abzielen, dort leichter als in der Bürgerpartei in's Werk zu setzen. Nicht freilich als ob alle Hausbesitzer oder auch nur die Mitglieder des Schauvereins der Hausbesitzer diese Absichten der Herren Piest und Weyer theilten. Es sind diese beiden Herren allerdings nur die beiden äußersten Ultra's unter den hiesigen Hausbesitzern und dürften dieselben mit ihren Anschauungen ziemlich allein stehen. Dennoch aber bleibt es immer lehrreich zu sehen, mit welcher Hilfe diese Ultra's, nachdem sie in der Bürgerpartei auf Widerstand gestoßen, ihre Absichten zu verwirklichen hoffen. Wir wollen sie nicht tadeln, aber wir glauben, daß ihr Uebertritt zu dieser Koalition der Konservativen und Antisemiten viel dazu beitragen wird, die gemäßigten Elemente unter den Hausbesitzern, sowie alle diejenigen, welche nicht wollen, daß ein einziger Stand alle andern sozusagen unter seine Krute nehme, and etwa der Hauswirth nun der auch unumschränkte Gebieter und Selbstherrscher aller Miether werde, in ein anderes Lager zu treiben.

Stettin, 5. Oktober. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung, welcher ein größeres Interesse in Anspruch nahm und eine längere Debatte hervorrief, war die Vorlage betreffend die Erweiterung der Wasserwerke im Lauf des nächsten Etatsjahres. Als im Frühjahr d. J. wiederholt im Leitungswasser Egel u. s. gefunden wurden, beschloß die Versammlung in ihrer Sitzung vom 14. Juni, den Magistrat zu ersuchen, Vorschläge zu machen, wie dem Uebelstand abzuhelfen sei. Herr Ingenieur Engelbrecht hat darauf ein Gutachten abgegeben, nach welchem die Wasserleitungs-Deputation nun Anträge gestellt hat. Herr E. empfiehlt zunächst, den Zuführungs kanal 50—60 Meter zu verlängern, um ihn bis in das stehende Wasser zu leiten. Da die vorhandenen 3 Filter nicht genügen, um das für die Stadt erforderliche Wasser zu reinigen, empfiehlt er, noch 2 neue Filter anzulegen. Das Reinwasserbassin, welches bisher offen war, soll eine aus Wellblech hergestellte, außen mit weißem Anstrich versehene Bedachung erhalten. Von dem Maschinenhaus bis zum Hochreservoir soll eine zweite Rohrleitung gelegt werden, da die jetzige Rohrleitung nicht genügt, das von der Maschine verarbeitete Wasser in das Reservoir zu schaffen. Ferner soll eine mechanische Sandwäsche mit Lokomotive eingerichtet werden. Diese Anlagen sollen im nächsten Etatsjahr ausgeführt werden, während für das Jahr 1883—84 eine Erweiterung der Maschinen- und Kesselanlagen in Aussicht genommen ist. Die Gesamtkosten der Anlagen sind auf 500,000 Mk. veranschlagt.

Die Wasserleitungs-Deputation empfiehlt, die Genehmigung für die im nächsten Etatsjahr herzustellen Anlagen schon jetzt zu erteilen, damit die Vorarbeiten schon während des Winters zu Ende geführt werden können, während im laufen-

den Etatsjahr noch die Bedachung des Reinwasser-Bassins, die Herstellung einer mechanischen Sandwäsche und die Vorarbeiten für die Filteranlagen ausgeführt werden sollen, und wird beantragt, die dafür veranschlagten Kosten mit 34,300 Mk. zu bewilligen. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Herr Lenz empfiehlt dagegen die Vertagung, weil er die Sache noch nicht für spruchreif hält. Das Gutachten des Herrn Engelbrecht und der Kommission hätte gedruckt und den Mitgliedern der Versammlung zur Orientirung übergeben werden müssen. Redner sucht sodann in längerer Rede nachzuweisen, daß das jetzt vorliegende Material noch nicht ausreichend sei, um einen so wichtigen, mit so bedeutenden Geldkosten verbundenen Beschluß zu fassen. Er beschwert sich ferner, daß es ihm erschwert worden sei, sich persönlich auf der Wasserleitung zu informieren.

Herr Stadtrath Bodt tritt für die Vorlage ein. Die Vorlage sei auf Grund der Erfahrungen entworfen, die man im Laufe der Jahre gemacht habe und da dieselbe von maßgebenden technischen Sachverständigen geprüft sei, könne man derselben auch vertrauen.

Herr Domke spricht sich für den Antrag Lenz aus und glaubt, daß es angezeigt wäre, auch der Frage näher zu treten, ob im Prinzip der Anlage nicht ein Fehler gemacht sei.

Herr Graßmann empfiehlt gleichfalls, die Sache noch zu vertagen, bis das Gutachten des Herrn E. der Versammlung gedruckt vorgelegen hat.

Herr Dr. Dohrn beantragt, die Vorlage dem Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben, noch fernere technische Gutachten von hervorragenden Wasserleitungstechnikern einzuholen. Er wünscht eine Denkschrift und eine unzweideutige Vorlage, aus welcher ersichtlich ist, ob die neue Anlage auch für spätere Zeiten entsprechend dem Wachsthum der Stadt leistungsfähig sein wird.

Herr Domke stellt zu dem Dohrn'schen Antrag das Amendement, nur die Rohrleitung von der Maschine bis zum Hochreservoir schon jetzt anzulegen.

Es folgt eine längere Debatte, an der sich besonders die Herren Stadtrath Bodt, Domke, Dohrn, Graßmann und Piest theilnehmen; wir unterlassen es, auf dieselbe näher einzugehen, da wir über den Gegenstand später noch ausführlicher zurückkommen werden.

Der Antrag des Herrn Dr. Dohrn mit dem Amendement Domke wurde schließlich angenommen.

Zu Mitgliedern der Kommission zur Prüfung der Bewerbungsgesuche um die Stadtschulrathstelle werden auf Vorschlag des Bureaus die Herren Prof. Lemke, Dr. Wegner, Graßmann, Böhm, Saunier, Wächter und Dr. Wolff, zum Vorsitzenden der 2. Schul-Kommission Herr Prediger Luckow, zum Vorsitzenden der 4. Schul-Kommission Herr Prediger Müller, zum Mitgliede der 13. Armen-Kommission Herr Sattlermeister Schüler und der 24. Armen-Kommission Herr Bäckermeister Kühn gewählt.

Ein von Herrn J. G. Weiß, dem Besitzer des Grundstücks Frauenstraße 45 eingegangenes Schreiben, betr. die Entwässerung seines Grundstücks, wird dem Magistrat zur gefälligen Aeußerung übergeben.

Bewilligt werden ohne Debatte: 75 Mark für die Vertretung einer Lehrerin an der höheren Töchter-Schule, 650 Mk. und 200 Mk. zur Beschaffung von Klassen-Materialien und Lerngegenständen für die Mädchenschule in der Klosterstraße bezw. Ministerialschule, 80 Mark für vermehrte Handarbeitsstunden an der Mädchenschule in der Klosterstraße, 1000 Mk. zur Herstellung von Passagen beim Stadttheater, 3100 Mk. zur Herstellung eines Trottoirs am Gasanstalts-Grundstück auf dem schwarzen Damm und 150 Mk. für vermehrte Handarbeitsstunden an der Oberwieschule.

Die Herabsetzung des Zinsfußes von 5 auf 4 1/2 Proz für zwei Hypothek-Kapitalien und die Auleistung von 50,000 Mk. aus den Mitteln des Johanneisklosters auf das Grundstück Konprinzentrage 15 wird genehmigt, ebenso der Erlaß von 7 Mark Wasserzins pro Jahr für die Wohnung über der Spritzenremise in der Friedrich-Wilhelm-Schule.

Dem Schularbeiter der Rosengartenschule ist es nicht möglich, auch den Dienst in der Ministerialschule zu versehen und muß diese letztere Schule einen eigenen Wärter erhalten. Der Arbeiter Springer hat sich bereit erklärt, die Stelle nur gegen freie Wohnung und Heizung zu übernehmen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Ludewig hierseits ist der Rother Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Karlskühler.“ Schauspiel. 5 Akte.

Bermischtes.

Im kaiserlichen Palais ist zur Benutzung für das Kaiserpaar eine Fahrstuhlvorrichtung hergerichtet worden, die direkt zu den Zimmern der Kaiserin führt, der von den Kärzten das Treppengehen unterlag worden ist.

Eine kaum glaubliche Mittheilung findet sich in einem russischen Blatte. Der russische Universitäts-Professor des Strafrechts, A. V. Kotikarewsky, welcher von seiner Regierung zu wissenschaftlichen Zwecken ins Ausland beurlaubt wurde,

erzählt in dem Petersburger „Porjados“, daß er an einem der letzten Tage in Karlsruhe verhaftet wurde, weil er, in den Straßen promenirend, einen Sicherheitsmann befragte, ob der Großherzog schon ausgefahren sei. Der russische Gelehrte erzählt, er habe zwei volle Tage im Arrest schmachten müssen, in welchem er peinliche Proben der Brutalität und Rohheit der dortigen Polizei-Organen erfahren haben will. Man habe ihm anfänglich nicht einmal gestattet, an einen seiner Freunde nach Heidelberg zu telegraphiren. Erst am zweiten Tage wurde ein Organ der Sicherheitsbehörde nach Heidelberg entsendet, woselbst Professor Kotikarewsky in einem der zurückgelassenen Koffer seinen Pass aufbewahrt hatte. Dann erst klärte sich das „Mißverständnis“, worauf der russische Gelehrte der Haft entlassen wurde. Die Behörden in Karlsruhe werden sich wohl über diesen merkwürdigen Fall äußern.

Telegraphische Depeschen.

Karlsruhe, 4. Oktober. Bei den Wahlen zum badischen Landtage erhielten in 20 Bezirken die Liberalen 10, die Liberalen 8, die Konservativen 2 Sitze. Die Liberalen verloren in diesen 20 Bezirken 6 Sitze an die Liberalen, einen Sitz an die Konservativen. In der Wahl unterlegen sind u. A.: Staatsminister Turban und der Vizepräsident der Kammer Friedrich.

Paris, 4. Oktober. Nachrichten aus Tunis vom 2. d. bestätigen den Brand des Bahnhofes von Quezbergua und die Ermordung der dortigen Eisenbahnbeamten. Der Oberst Debord, welcher am 1. d. mit 6 Kompagnien aufgebrochen war und den Weg bis nach Beja verfolgt hatte, wurde bei der Rückkehr durch eine Abtheilung von etwa 1000 Insurgenten angegriffen, welche die Maschine entgleisen ließen. Oberst Debord hielt sich bis um 7 Uhr Abends und kehrte dann mittelst eines von Quezbergua mit Verstärkungen gesandten Zuges nach Medjezab zurück. Ali Bey befindet sich noch immer in Teflour.

Aus Algier wird gemeldet: Nachrichten aus Oudja zufolge würden an der Grenze zwei Kolonnen marokkanischer Truppen gebildet, um zu verhindern, daß die Insurgenten nach Marokko flüchten und so der Strafe entgehen.

In der Gegend der Schotts ist Regenwetter eingetreten.

Paris, 4. Oktober. Eine Anzahl von Mitgliedern der Union republicaine, Floquet, Spuller, Brisson u. A., beabsichtigen die Regierung bezüglich Afrika's und der verzögerten Einberufung der Kammern zu interpelliren.

Petersburg, 4. Oktober. Die Korrespondenz der „Times“ über die zukünftige Gestalt des Orients giebt dem „Journal de St. Petersburg“ zu folgenden Bemerkungen Anlaß: Soweit es sich um den gegenwärtigen Zeitpunkt handelt, können wir uns als einfache Zuschauer dieser Bewerbung gegenüberstellen, welche durch das Pronunciamento der Offiziere in Kairo hervorgerufen ist. Indessen dürfte es doch erlaubt sein, dem „City-Organ“ zu bemerken, daß der Befehl Egyptens weder eine ausschließlich englische noch selbst englisch-französische Frage ist und sein kann und daß diese Frage viel zu eng mit dem gesamten status quo im Orient verknüpft ist, als daß eine Regierung daran denken konnte, dieser Frage aus eigener Autorität zu präjudiziren. Die Presse kann allerdings mit solchen Fantasien um sich werfen, dieselben existiren aber nicht für die Regierungen. Die Kabinete sind um so weniger geneigt, die Vertretung der verschiedenen Probleme, aus denen sich die Situation im Orient zusammensetzt, außer Augen zu lassen, als noch die Erfahrung der letzten Jahre ihnen die Wahrheit des Sprichworts ins Gedächtniß zurückruft: „Concordia res parvae crescunt, discordia maximae dilabuntur.“

Rom, 4. Oktober. Der Deputirte Lampertico ist einstimmig zum Berichterstatter der Kammer über die Wahlreformvorlage gewählt worden.

Die Mehrheit des Centralbureaus des Senats genehmigte die Fundamental-Prinzipien des Gesetzes, jedoch mit einigen Abänderungen, welche eine nochmalige Verweisung der Vorlage an die Kammer bedingen. Lampertico wird dem Vernehmen nach in seinem Bericht die Frage der Reform des Senats anregen und soll der Bericht noch vor dem Wiederzusammentritt der Kammern, um die Mitte des Novembers, vorliegen.

Konstantinopel, 3. Oktober. In der heutigen Sitzung der Delegirten der Vondobesitzer nahmen die europäischen Delegirten das Recht in Anspruch, die Abgaben für Seide und die Schiffer-Taxe auch in denjenigen Orten erheben zu dürfen, welche außerhalb der gegenwärtig den Bankiers von Galata eingeräumten Zonen liegen. Die osmanischen Delegirten erhoben lebhafteste Einsprüche dagegen und wurde deshalb die Frage bis zur Ertheilung neuer Weisungen Seitens der Pforte vertagt. Wie es heißt, habe der englische Delegirte Bonke, als die Frage wegen der Tabakregie zur Diskussion gestellt wurde, sich mit dem Bemerkten dagegen ausgesprochen, daß er die Interessen der Schuldnahmer durchaus nicht dadurch gefährden wolle, daß man die neue Administration im Voraus binde, und daß er sich andernfalls eher zurückziehen werde, als von diesem Prinzipie abgehen. Der italienische Delegirte wohnte der Sitzung bei.

Kairo, 3. Oktober. Dem Rhebive ist heute früh ein Telegramm des Sultans zugegangen, welches die Befriedigung des Sultans über die Wendung ausdrückt, die in der Lage der Dinge in Egypten eingetreten sei und zugleich die Ankunft zweier Kommissionen ankündigt, die dem Rhebive zur Seite stehen sollen.